

Eröffnungsrede zur Nominierungsversammlung der Offenen Linken für die Ansbacher Stadtratswahl 2014 am 02.02.2013 in der Postkantine.

Mehr Mut. Für Ansbach.

Liebe Freundinnen und Freunde,
nachdem wir vor zwei Wochen einstimmig unser Programm verabschiedet haben, wollen wir heute den personellen Startschuss für die Ansbacher Kommunalwahl 2014 geben.

Unsere Ziele sind klar. Wir wollen: Mehr Mut. Für Ansbach. Wir stehen für eine Stadt der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens. Für eine Politik der Transparenz und Bürgerbeteiligung. Für eine aktive kulturelle Szene und eine weitsichtige Verkehrspolitik. Wir werden Bildungsgerechtigkeit in unserer Stadt herstellen und die Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger ausbauen. Wir streben eine Stadtentwicklungs- und Wirtschaftspolitik an, die den Menschen dient und soziale Standards erfüllt.

Wir wollen unsere Lebensqualität und unser ökologisches Erbe bewahren. Wir stehen auf gegen Rassismus und Fremdenhass in Ansbach und legen uns notfalls auch quer, wenn es um die Verteidigung der Bürgerrechte gegen Nazis oder Militärs geht.

Sicherlich werden wir im Rahmen unseres verabschiedeten 10-Punkte-Programms einige Themenfelder besonders hervorheben. Wir haben den Anspruch, strukturelle Missstände beim öffentlichen Eigentum und bei der Daseinsfürsorge zu beheben.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf, dafür genügt ein Blick in den Haushalt der Stadt. Dieser umfasst rund 100 Millionen Euro. Gleichzeitig ist etwa die dreifache Summe öffentlichen Eigentums in den vergangenen Jahren privatisiert worden. Das betrifft grundlegende Aufgaben, wie Energieversorgung, Mobilität, Entwässerung bis hin zum Aquella.

Obwohl 100%ige Stadttöchter oder zumindest im Mehrheitsbesitz gibt es in diesen GmbHs keine Öffentlichkeit, keine Transparenz, keine Bürgerbeteiligung. Dort wurden und werden im Hinterzimmer Entscheidungen getroffen, die gegen die Interessen der übergroßen Zahl der Menschen in Ansbach gerichtet sind.

Durch die Geheimratsstrukturen stimmen selbst ernannte soziale oder ökologische Parteien für Preisexplosionen beim ÖPNV oder im Aquella, die sich innerhalb von drei Jahren auf bis zu 60% summiert haben. Danach werden die Folgen der Wucherpolitik, nämlich leere Busse und Bäder, öffentlich beklagt, um den Busverkehr in Ansbach noch mehr auszudünnen. Die Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, zu erfahren, welcher Stadtrat warum für oder gegen Preiserhöhungen stimmt!

Die Politik der ganz großen Geheimniskrämerkoalition von CSU über SPD bis hin zu den Grünen in den letzten sechs Jahre hat dazu geführt, dass die Bürger für ein verschlechtertes Angebot den annähernd doppelten Preis zahlen müssen. Allein die Offene Linke hat diese unsozialen, unökologischen und auch wirtschaftlich unsinnigen Entscheidungen konsequent abgelehnt und Alternativen aufgezeigt, etwa mit unseren Aktionen „Bus für alle“ und derzeit „Aquella für alle“.

Wir wollen hier die Strukturen im Sinne von Transparenz und Bürgerbeteiligung grundlegend verändern. Zunächst wollen wir die AbuV-GmbH auflösen und Aquella und Busse als Eigenbetrieb der Stadt unter demokratischer und öffentlicher Kontrolle wieder eingliedern. Als zweiten Schritt arbeiten wir für den Rückkauf der verscherbelten Anteile der Stadtwerke. Die Gewinnabführungen an die Thüga AG übersteigen nach zwölf Jahren den Verkaufserlös bereits bei Weitem. Unser Ziel ist: Stadtwerke in Bürgerhand!

Wir wollen Ansbach sozialer machen. Die anderen Parteien sagen: Das geht auf kommunaler Ebene nicht. Sie legen den Hand in den Schoß und tun nichts für die 2.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter in unserer Stadt, nichts für die 20% Aufstocker unter den Vollzeitbeschäftigten, nichts für die 700 Kinder, die unter der Armutsgrenze leben müssen. Unsere Anträge auf kostenfreie Bildung hat die SPD bei den Haushaltsberatungen abgelehnt, wie auch Sozialtarife für die Musikschule.

Wir wollen die gleichen Bildungschance für alle Kinder. Wir wollen, dass jedes Kind in unserer Stadt ein Musikinstrument erlernen kann. Die SPD will das nicht. Gut, dass sozialdemokratische Wähler in uns eine soziale Alternative für Ansbach haben.

Ein weiterer Punkt, der unser Engagement im Wahlkampf prägen wird, ist unser Einsatz für die Menschen, die unter den negativen Auswirkungen der US-Militärbasis in Katterbach leiden. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass wir ein verlässlicher und konsequenter Partner für den Schutz von Lebensqualität und Gesundheit sind. Auf unsere Initiative hin hat der Stadtrat 2009 ein Nachtflug- und Überflugverbot erlassen, das seitdem behände vom Bund blockiert wird. Die vergangenen Jahre haben gezeigt: Der Zielkonflikt zwischen Bürgerwohl und Armeeeinteressen lässt sich in Ansbach mit Bittschreiben nicht lösen. Wir haben eine klare Position: Mensch vor Militär!

Die CSU will jetzt 30 Meter hohe Mauern im Osten Ansbachs errichten. Mit diesem lächerlichen Vorschlag lässt sich das Problem nicht lösen. Es ist vielmehr ein Treppenwitz der Geschichte und muss den Betroffenen wie Hohn in den Ohren klingen. Auch die Lippenbekenntnisse der übrigen politischen Konkurrenz werden zu keinen spürbaren und dauerhaften Verbesserungen für die Bevölkerung führen.

Die Offene Linke hat mehr Mut für Ansbach: Unser Ziel ist die zivile Umnutzung der Militärliegenschaften bis zum 01.01.2020. Dafür müssen die Konversionsplanungen jetzt beginnen. Wir erwarten vielfältige gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Impulse für unsere Stadt nach einem Abzug des Militärs. Das zeigen derzeit viele fränkische Städte, wie etwa Würzburg und Bamberg. Daher braucht Ansbach einen Stadtrat und einen OB, der den Mut hat, „Ja“ zu sagen zu einer zivilen Zukunft unserer Stadt!

Dass die Militärpräsenz viel mehr Geld kostet als sie einbringt, ist schon lange klar. Die SZ hat jetzt die Zahlen auf den Tisch gelegt: 500 Millionen Euro im Jahr kostet die US-Armee die deutschen SteuerzahlerInnen.

Wir sind froh, dass wir federführend Steuergeldverschwendung vor unserer Haustüre verhindert haben: Aufgrund unserer Recherchen hat der Stadtrat den Monster-Knoten am Umlauf drei Mal abgelehnt, nachdem er ihn jeweils wenige Monate zuvor abgenickt hatte. Dass nun vergangene Woche laut FLZ selbst der Bundesrechnungshof angemahnt hat, die bisherigen Knotenplanungen seien „überdimensioniert“, bestätigt unsere fundierte und hartnäckige parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit in besonderer Art und Weise: Die Offene Linke hat so Steuergelder in zweistelliger Millionenhöhe eingespart, 14 Hektar Naturfläche erhalten und 36 Grundstücksbesitzer vor der Enteignung bewahrt.

Unser Ziel bleibt ein ebenerdiger, einspuriger Kreisverkehr und eine Unterführung unter der B14 für Fußgänger und Radfahrer. Nach dem Bekanntwerden des Baustopps am Umlauf werden wir als nächsten Schritt ein unabhängiges Verkehrsgutachten auf Basis der geänderten Voraussetzungen beantragen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Offene Linke wirkt und bewegt für Ansbach: Tempo 30 vor allen Schulen und Kindergärten, Mindestlöhne bei städtischen Auftragsvergaben, Sozialticket im ÖPNV, kulturelle Breitenförderung oder Erstwohnsitzkampagnen für Studierende sind nur einige Beispiele, wie wir unsere Stadtgesellschaft ganz konkret voranbringen.

Auch in den kommenden sechs Jahren wollen wir den Weg der Verlässlichkeit, der Beständigkeit und des Mutes für neue Ansätze und Ideen weitergehen.

Hierfür werden wir den Wählerinnen und Wählern eine Liste von Personen zur Auswahl stellen, die mit ihrem Engagement in unterschiedlichsten Bereichen Ansbach voranbringen. Wer mich kennt, weiß, dass ich dieses Wort selten in den Mund nehme, aber auf diese, auf unsere Liste für die Kommunalwahl 2014 bin ich stolz.

16 Frauen und 24 Männer im Alter von 23 bis 65 Jahren aus dem Handwerk und der Arbeiterschaft, aus der Pflege und der Verwaltung; mit unterschiedlichsten Erfahrungen und ehrenamtlichen Engagements ist ihnen eines gemeinsam: Sie wollen Ansbach bewegen und zum Positiven verändern.

Auf einige Besonderheiten möchte ich aufmerksam machen:

- wir haben zwar keine durchgehende Quotierung, aber stellen die einzige Liste, die auf den ersten drei Plätzen zwei Frauen nennt
- elf der Kandidaten wohnen in eingemeindeten Ortsteilen. Damit sind wir stark in der Fläche vertreten. Sechs Frauen und Männer kommen aus Obereichenbach. Damit hat die dortige Bevölkerung die Möglichkeit, die Kommunalwahl zu einem Bürgerentscheid für den Schutz vor Fluglärm und Abgasen der Kampfhubschrauber zu machen.
- Zehn Kandidaten arbeiten in Pflegeberufen. Der demografische Wandel wird eine der zentralen Aufgaben der kommenden Jahre werden. Wir setzen damit ein Zeichen für gute Arbeit und Entlohnung in der Pflege
- vier Betriebs- und Personalräte sind auf der Liste vertreten, davon zwei als Personalräte am Ansbacher Klinikum. Während die übrigen Parteien bei der Klinikfusion nicht-öffentlichen Kuhhandel betrieben haben, haben wir uns öffentlich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Gegen die Stimmen von CSU und SPD haben wir im Stadtrat einen Beschluss für die Beteiligung von Arbeitnehmervertretern im Verwaltungsrat durchgesetzt. Diese Beteiligung wollen wir weiter stärken und ausbauen.

Liebe Freundinnen und Freunde,

ich werbe heute für eure Zustimmung zu unserer starken Liste. Lasst uns gemeinsam mehr Mut für Ansbach wagen.

Die kommenden Monate werden spannend. Es wartet viel Arbeit auf uns. Wir werden dafür Überzeugungsarbeit leisten, dass sich die Menschen für eine Politik entscheiden, die sagt, was ist. Eine Politik, die inhaltsstark und zuverlässig ist. Eine Politik, die die Menschen mitnimmt anstatt bevormundet, die Bürger beteiligt anstatt über sie regiert.

Prognosen mit Blick auf den 16. März sind schwierig. Allerdings können wir zurecht mit breiter Brust in diesen Wahlkampf gehen. Die Menschen haben genug von einer Mauerbau-CSU, einer Rechtsabbieger-SPD, Busfahrpreise erhöhenden Grünen und einer Regierungs-BAP, die gerne Fähnlein im Wind drehen lässt.

Dennoch schauen wir aber in erster Linie auf uns: Wir sind die Alternative für Ansbach!

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat